

30

81

Union in Deutschland

Bonn, den 15. Oktober 1981

Für den Frieden sind wir alle

Am vergangenen Samstag (10. Oktober) haben 250 000 Menschen in Bonn für Frieden, Abrüstung und Entspannung demonstriert. Es war eine friedliche Demonstration, wie sie den Grundsätzen unserer Verfassung und demokratischen Spielregeln entspricht, stellt Heiner Geißler fest.

Man kann davon ausgehen, daß die meisten Teilnehmer in guter Absicht ihren Friedenswillen demonstrieren wollten. Vor allem die große Zahl jener, die aus christlicher Gesinnung heraus sich für den Frieden einsetzt, verdient unser Verständnis. Aber auf die Gesinnung allein kommt es nicht an. Für den Frieden sind wir alle.

Die CDU teilt mit allen Menschen die Sehnsucht nach Frieden, Gewaltfreiheit, weniger Waffen und nach Verwirklichung der Menschenrechte und mehr sozialer Gerechtigkeit in der Welt.

Jeder, der sich für Frieden und Abrüstung einsetzt, muß freilich auch die Folgen seines Tuns verantworten. Wir bedauern es deshalb, daß der Aufruf zur Demonstration am 10. Oktober eine einseitige Abrüstung des Westens befürwortet. Wer die Unterlegenheit des freien Westens als Weg zum Frieden hinzunehmen bereit ist, muß als wahrscheinliche Folge verantworten, daß das Machtungleichgewicht am Ende die Gefahr eines Krieges nicht verhindert, sondern

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ SPD

Organisationsreformen sollen ideologischen Riß verkleistern
Seite 5

■ DEUTSCHLAND-POLITIK

An die DDR keine Vorschüsse, sondern nur Erfolgshonorare zahlen
Seite 7

■ CDA-BUNDES-TAGUNG

Familie — Freiheit — Zukunft standen im Mittelpunkt
Seite 11

■ CDU-RHEINLAND-PFALZ

Grundsatzpapier für Friedens- und Sicherheitspolitik verabschiedet
Seite 13

■ FALL RAUSCHENBACH

Untersuchungsausschuß soll mysteriöse Umstände klären
Seite 15

■ DOKUMENTATION

Mit der Jugend / Unser Land braucht einen neuen Anfang / Zum Leitartikel des Bundesvorstandes (Teil II) grüner Teil

■ ÖA

Gesamtangebot rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

sie wahrscheinlicher macht. Wehrlosigkeit gefährdet den Frieden. Daher treten die christlichen Demokraten für eine beiderseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und für ein Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau ein.

Der laute Beifall aus Moskau zu dieser Demonstration und die Beteiligung der deutschen Kommunisten aller Schattierungen gestattet zwar nicht, den demokratisch gesinnten Teilnehmern die demokratische

NICHT VERGESSEN

**Antragsschluß für den
30. Bundesparteitag in Hamburg
vom 3. bis 5. November 1981**

19. Oktober 1981, 10.00 Uhr

Haltung abzusprechen. Sie müssen sich jedoch die Frage gefallen lassen, ob durch die Einseitigkeit ihrer Demonstration ihre Friedenssehnsucht nicht im Dienste einer ausländischen Macht, die unentwegt hochrüstet, für deren einseitige Aufrüstung mißbraucht werden wird.

Wir nehmen die Fragen und die Sorgen jener Menschen ernst, die sich aus christlicher Überzeugung engagieren und mit denen wir uns nicht um das Ziel, sondern um den richtigen Weg zur Sicherung von Frieden und Freiheit streiten. Wir werden deshalb in einen verstärkten Dialog mit christlich engagierten Menschen eintreten, nicht nur mit ihren Dachverbänden, sondern mit den Jugendlichen selbst.

Ein erster wichtiger Höhepunkt dieses Gesprächs wird der Parteitag in Hamburg sein, zu dem wir 400 Jugendliche eingeladen haben. Wir werden dort einen ganzen Tag mit diesen jungen Menschen die Argumente für eine realistische Friedenspolitik und einen besseren Weg in eine friedliche und bessere Zukunft austauschen.

INFORMATION

Zur Erkrankung von Bundeskanzler Schmidt

Zur Erkrankung von Bundeskanzler Schmidt hat der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, die besten Genesungswünsche übermittelt. Der Brief hat folgenden Wortlaut: „Mit Bestürzung habe ich von dem Eingriff gehört, dem Sie sich unterziehen mußten. Ich hoffe, daß Sie die Operation gut überstanden haben und möchte Ihnen persönlich sowie im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands meine herzlichsten Genesungswünsche senden. Sosehr die CDU stets bemüht ist, Sie von der körperlichen und geistigen Belastung aus der Bürde des Regierungschefs zu befreien, so sehr hoffe ich, daß Sie bald wieder ganz gesund sind, um sich der zwar harten, aber in der Regel doch fairen Auseinandersetzung um den besten Weg für unser Land zu stellen.“

Frankreichs Sozialisten sagten ja zur Kernenergie

Zu den Abstimmungen in der französischen Nationalversammlung zur Energiepolitik erklärt der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Heinz Riesenhuber, Frankreich habe damit in der Energiepolitik seine klare Linie beibehalten. Statt der unter Giscard ursprünglich geplanten neun Reaktoren würden allerdings nur sechs Reaktoren neu gebaut werden. Aber immerhin seien die in der Frage der Kernenergiepolitik bisher gespaltenen Sozialisten grundsätzlich auf die Linie der neuen sozialistisch-kommunistischen Regierung eingeschwenkt. Allein die neu in Auftrag gegebenen Reaktoren haben eine Leistung von ungefähr 7500 MW. Zum Vergleich: in Deutschland

sind heute insgesamt noch nicht einmal 10 000 MW am Netz. Frankreich erreicht damit weiter einen erheblichen Vorsprung in sicherer und preisgünstiger Energie und einen Wettbewerbsvorteil vor der Bundesrepublik Deutschland.

Vorstoß für Vermummungsverbot

Der Bundesrat hat einen neuen Vorstoß zur Verschärfung des Demonstrationsrechts unternommen. Mit den Stimmen der unionsregierten Mehrheit beschloß die Ländervertretung einen Gesetzentwurf für den Bundestag zur Änderung des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches.

Die Initiative sieht vor, daß künftig bei Demonstrationen die sogenannte passive Bewaffnung von Teilnehmern mit Helmen, Gasmasken und ähnlichen Gegenständen sowie Maskierung und Vermummung verboten wird. Außerdem sollen diejenigen bestraft werden, die zur Teilnahme an einer verbotenen Demonstration aufrufen oder die sich nach „hoheitlicher Aufforderung“ nicht aus einer unfriedlichen Demonstration entfernen.

CDU/CSU nimmt Beamte in Schutz

Zu der Unfähigkeit von SPD und FDP, sich im zuständigen Innenausschuß des Deutschen Bundestages zu einem Beschluß über die Sparmaßnahmen für den öffentlichen Dienst zu einigen, erklärte der für Beamtenfragen zuständige Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Otto Regenspurger (CSU):

Obwohl die Sparvorschläge für den öffentlichen Dienst seit Monaten bekannt und in der Öffentlichkeit eingehend diskutiert worden waren, waren die Abgeordneten der SPD- und der FDP-Bundestagsfraktion nicht in der Lage, sich einer Abstim-

mung zu stellen. Die Tendenz geht insbesondere bei der SPD dahin, die Kürzungsvorschläge allein den Beamten anzulasten.

Die CDU/CSU-Abgeordneten im Innenausschuß hatten ein klares Konzept, haben erhebliche Bedenken gegen die Streichung der Ansprüche bei der Altersversorgung und die Streichung des örtlichen Sonderzuschlags in Berlin geäußert. Parallel zu einer Verringerung der Stellen im öffentlichen Dienst muß ein Abbau der Bürokratie und deren Aufgaben erfolgen.

Union erreichte etwas für die Kleinverdiener

Erfolg hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit einem im Rahmen der Sparpaket-Beratungen eingebrachten Antrag, die von SPD und FDP und der Bundesregierung ausgegangene Gesetzesvorlage zur Streichung der Versicherungsfreigrenze von derzeit monatlich 390 DM abzulehnen und es bei der alten Regelung zu belassen. Die CDU/CSU überzeugte mit dem Argument, daß der Fortfall der Versicherungsfreigrenze bedeuten würde, daß künftig jede entgeltliche Tätigkeit sozialversicherungspflichtig wäre. Besonders hart betroffen wären die Bereiche Fremdenverkehr, Landwirtschaft, Gartenbau und das Zeitungsverlagswesen. Der Fortfall der 390-DM-Grenze würde viele Personen, die sich bis heute gerne ein paar Mark hinzuverdient hätten, künftig davon abhalten.

Motorisierte Pendler haben das Nachsehen

Zur Ablehnung der Erhöhung der Kilometerpauschale durch die Bundesregierung erklärte der CDU/CSU-MdB Jürgen Warnke: Die Leidtragenden dieser Politik sind insbesondere die Bewohner des ländli-

chen Raumes, die in großem Umfang weite Entfernungen zu ihrem Arbeitsplatz zurücklegen müssen und wegen fehlender öffentlicher Verkehrsmittel zwingend auf ihren Pkw angewiesen sind. Die Bundesregierung verstößt mit ihrer Weigerung, die Kilometerpauschale den gestiegenen Kosten anzupassen, gegen ihre verfassungsrechtliche Verpflichtung, in allen Landesteilen gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.

CDU: Mit Moskau im Gespräch

Der außen- und sicherheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alois Mertes, hat darauf verwiesen, daß der „Gesprächsfaden“ zwischen der Union und Moskau niemals abgerissen sei. Dieser Kontakt müsse gepflegt und stärker bekanntgemacht werden. Die Haltung der Union zu den Staaten des Warschauer Pakts sei „konstruktiv“, aber auch „wachsam und eindeutig“, während die „Sonderbeziehungen“ der SPD zu Moskau nicht den deutschen Interessen dienen.

Kampf für Erhaltung der freien Schulen

Der Bundesfachausschuß der CDU für Kulturpolitik hat sich mit der Bedeutung und Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft befaßt. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende, MdB Anton Pfeiffer: „Gerade in den letzten Jahren sind die Schulen in freier Trägerschaft wegen ihrer Leistungsfähigkeit und ihres besonderen pädagogischen Engagements bei Schülern und Eltern zu immer größerer Wertschätzung gelangt. Der Andrang zu diesen Schulen ist weitaus größer als der zu den integrierten Gesamtschulen. Es ist vor diesem Hintergrund eine gegen den Elternwillen gerichtete Politik, wenn die SPD zur gleichen Zeit, in der sie die Gesamtschulen mit zusätzlichen Personal-

und Finanzmitteln ausstattet, den Privatschulen Finanzmittel entzieht.

Aus diesen Gründen und um die Vielfalt des Schulwesens zu erhalten und auszubauen, unterstützt der Bundesfachausschuß für Kulturpolitik alle Forderungen zur Erhaltung und zur Sicherung der Privatschulen, wie sie z. B. in eindeutiger Form im Leitantrag des CDU-Bundesvorstandes für den Bundesparteitag Anfang November in Hamburg enthalten sind.“

Polizeigewerkschaft bei der Unionsfraktion

Am 5. Oktober 1981 fand in Bonn ein Gespräch zwischen der Gewerkschaft der Polizei unter Leitung des Vorsitzenden Schröder und des stellvertretenden Vorsitzenden Lutz sowie Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Leitung von Helmut Kohl und Alfred Dregger statt.

Gegenstand des aufgeschlossenen und offenen Gesprächs waren das Verhältnis zwischen Polizei und Gesellschaft und die anstehenden aktuellen Sparmaßnahmen, die auch nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Polizeibeamten haben. Die Gewerkschaft der Polizei wies insbesondere darauf hin, daß sich bei vielen Polizeibeamten zunehmend Unmut und Resignation breitmache, weil die Polizei zum Hauptleidtragenden für Versäumnisse und Fehlentwicklungen in der Politik gemacht werde.

Zahl der Pleiten deutlich gestiegen

Weit über dem bisherigen Jahresdurchschnitt lag die Pleitewelle im August. Mit 950 beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren wurde der entsprechende Vorjahresmonat um 29,8 Prozent übertroffen. Dies gab das Statistische Bundesamt bekannt.

 SPD

Organisationsreformen sollen ideologischen Riß verkleistern

Vom SPD-Vorsitzenden Brandt stammt das Wort, seine Partei befindet sich seit geraumer Zeit in einem „stabilen Tief“. Brandt ist auch der Schöpfer jener Formel, mit der vor einigen Monaten die Haltung der SPD zur friedlichen Nutzung der Kernkraft umrissen worden ist — mit der inzwischen aber nahezu die gesamte Politik der SPD gekennzeichnet werden kann; gemeint ist die Formel vom „kräftigen Sowohl-Als-auch“.

Es liegt auf der Hand, daß eine Partei, die nicht den Mut und die Kraft zu klaren Entscheidungen aufbringt, sondern sich statt dessen in ihren Aussagen in ein halb hilfloses, halb trotziges „Sowohl-Als-auch“ flüchtet, ein „stabiles Tief“ in der Bürgergunst geradezu herausfordern muß, erklärte Helmut Kohl. Doch die SPD ist weit davon entfernt, diese einfache Wahrheit auszusprechen — geschweige denn, nach ihr zu handeln: Sie denkt lediglich daran, ihr öffentliches „Erscheinungsbild“ aufzubessern, und will ihr „stabiles Tief“ — wie der Bundesgeschäftsführer der Partei mitteilte — mit organisatorischen Reformvorschlägen überwinden.

Da ist — beispielsweise — von der Notwendigkeit einer „Rückbesinnung“ auf den Ortsverein als „Kern sozialdemokratischer Organisation“ die Rede und von einer stärkeren Einbindung der Arbeiter und der Betriebsräte in die Parteiarbeit — mit keinem Wort indessen vom ideologischen

Riß, der die SPD in zwei Hälften teilt: vom Grabenkampf zwischen der „Regierungspartei“ und der „Programmpartei“ in der SPD, der Bundeskanzler Schmidt längst handlungsunfähig gemacht hat.

Die eigentlichen Ursachen des „stabilen Tiefs“ in der Wählerschaft beim Namen zu nennen, bringt der Bundesgeschäftsführer der SPD nicht über sich — und er weiß sehr genau, warum er dies auch gar nicht darf: Die SPD käme in größte Gefahr, sich auch organisatorisch zu spalten, wenn ihr heute klare, die gesamte Partei bindende Entscheidungen — sei es in der Energiepolitik, sei es in der Außen- und Sicherheitspolitik — abverlangt würden.

Sie werden schreiten Seit' an Seit'

Kein anderes Thema hat die SPD seit der Wiedergründung nach dem 2. Weltkrieg in eine so tiefe Krise geführt wie die von ihr selbst entfachte Diskussion um den Frieden. Nachfolgend eine Zusammenstellung aus den „Stichworten dieser Woche“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

In der Bundestagsdebatte am 26. Mai d. J. waren sich alle Fraktionen noch einig über die Kernpassage aus dem Entschließungsantrag der SPD und FDP: „Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung bei der konsequenten und zeitgerechten Verwirklichung des Beschlusses der NATO vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen. Er unterstreicht in diesem Zusammenhang die

Feststellung des Doppelbeschlusses, daß der Westen den Bedarf an Mittelstreckenwaffen der NATO im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse prüfen wird."

Als es um die Abstimmung zu dem Gesamtantrag ging, konnten elf SPD-Bundestagsabgeordnete ihrem Kanzler in der Sicherheitspolitik schon nicht mehr folgen.

Krefelder Appell

Beim „Krefelder Appell“ weht der Wind einwandfrei aus dem Osten. Nach hier vorliegenden Erkenntnissen unterstützen den „Krefelder Appell“ die drei SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik, Karl-Heinz Hansen und Klaus Thüsing sowie die Ex-Juso-Chefin und Europa-Parlamentsabgeordnete Heidemarie Wiczorek-Zeul.

Hauptinitiator des „Krefelder Appells“ ist die „Deutsche Friedens-Union“. Sie wurde 1960, vier Jahre nach dem KPD-Verbot, gegründet. Von den 58 Mitgliedern des Bundesvorstandes und dem siebenköpfigen Direktorium der DFU gehört rund ein Viertel der DKP an bzw. sind ehemalige KPD-Mitglieder. Etwa 30 Prozent sind Funktionäre anderer kommunistisch gelenkter Organisationen.

Von der DKP-beeinflußten Deutschen Friedens-Union geht wiederum ein direkter Draht zum kommunistisch gelenkten Weltfriedensrat in Helsinki. Um den „Krefelder Appell“ gegenüber denjenigen un- verdächtig zu halten, die eine direkt kommunistisch gelenkte Aktion nicht mittragen würden, soll unter dem Mantel einer „Friedensbewegung“ eine großangelegte „Volksfrontbewegung“ in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen werden.

Die „Parlamentarische Linke“ bekennt sich durch ihre gemeinsame Erklärung zugunsten der Bonner „Friedenskundgebung“, aber auch inhaltlich zum „Krefelder Appell“ und somit zur Einseitigkeit. Obwohl der Kanzler den Bonner Marsch als

„Kampfansage an die Regierungspolitik“ bezeichnet hat, hatte etwa ein Viertel aller SPD-Abgeordneten die Aktion ausdrücklich begrüßt.

Folgende Mitglieder der „Parlamentarischen Linken“ folgen inzwischen diesem Kurs gegen die Politik des Bundeskanzlers:

Berlin:

Gerd Wartenberg und Jürgen Egert

Rheinland-Pfalz:

Hugo Brandt, Klaus Immer (Altenkirchen), Horst Sielaff, Hans Wallow und Gudrun Weyel

Bremen und Hamburg:

Ernst Waltemathe, Freimut Duve und Peter Paterna

Hessen:

Manfred Coppik, Horst Peter und Norbert Wiczorek

Niedersachsen:

Arne Börnsen, Alfred Emmerlich, Klaus-Dieter Kühbacher, Erke Noth, Gerhard Schröder (Hannover) und Peter Struck

Saarland:

Hans-Joachim Hoffmann und Ottmar Schreiner

Schleswig-Holstein:

Lilo Blunck, Günther Heyenn, Günther Jansen, Kurt Leuschner und Heide Simonis

Nordrhein-Westfalen:

Wolf Catenhusen, Konrad Gilges, Karl-Heinz Hansen und Erich Meinike (Oberhausen)

Bayern:

Georg Bamberg, Uwe Lambinus, Manfred Marschall, Egon Lutz, Renate Schmidt, Rudolf Schöfberger, Sigrid Skarpelisperek und Karl Weinhofer

Baden-Württemberg:

Robert Antretter, Rudolf Bindig, Peter Conradi, Herta Däubler-Gmelin, Klaus-Dieter Osswald, Harald Schäfer, Hermann Scheer, Dieter Spöri, Gert Weisskirchen (Wiesloch) und Ruth Zutt

■ DEUTSCHLANDPOLITIK

An die DDR keine Vorschüsse, sondern nur Erfolgshonorare zahlen

Die innerdeutschen Beziehungen haben im Laufe der Zeit eine immer stärkere materielle Schlagseite bekommen — nach dem Motto: Geld ist ein unwiderstehliches Argument. Doch inzwischen haben sich die Bundesfinanzen drastisch verschlechtert, und das Interesse der DDR-Führung an einer Weiterentwicklung der innerdeutschen Beziehungen läßt in dem Maße nach, wie sie sich davon keinen zusätzlichen finanziellen Nutzen mehr verspricht, stellte Peter Lorenz im Deutschen Bundestag in der Debatte über eine Große Anfrage der CDU/CSU fest.

In dieser Lage hilft nur ein neuer Ansatz weiter, nämlich: Weg von einer Überbetonung der materiellen Seite in den innerdeutschen Beziehungen und Aufwertung der immateriellen, der politischen Gesichtspunkte. Grundsätzlich muß es darum gehen, die DDR-Führung eindringlich davon zu überzeugen, daß Abgrenzung und Feindseligkeit sowohl wirtschaftlich als auch politisch auf die DDR negativ wirken, daß hingegen die Bereitschaft zur Normalisierung die innere wie äußere Lage der DDR verbessern hilft.

Ein Ansatzpunkt ist z. B. der Wunsch der DDR nach internationaler Achtung und Glaubwürdigkeit. Die DDR-Führung muß davon überzeugt werden, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, den Verhaltenskodex zivilisierter Staaten einzuhalten, den sie auf dem Papier bejaht. Mauer, Stacheldraht und Todesautomaten sind nicht nur

die schwerste Belastung zwischen den beiden Staaten in Deutschland, sondern für die DDR-Führung auch eine große Peinlichkeit im Hinblick auf ihr internationales Prestige.

Insbesondere muß aber die DDR-Führung zu der Einsicht gebracht werden, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, den Freiraum der Menschen in der DDR zu vergrößern. Der von Honecker eingeschlagene Weg eines Wohlstandskommunismus stößt gegenwärtig immer deutlicher an Grenzen. In dieser Situation kann sich die DDR-Führung nur dadurch Entlastung verschaffen, daß sie dem Unmut der Bevölkerung durch Gewährung immaterieller Erleichterungen begegnet. Ein Beispiel hat hierfür kürzlich Bischof Schönherr auf der Synode in Güstrow genannt, als er forderte, auch für die Bewohner der DDR müsse es die Möglichkeit geben, „das eigene Land von außen zu sehen und andere von innen kennenzulernen“.

Des weiteren wird die SED-Führung der Tatsache Rechnung tragen müssen, daß in der DDR eine neue selbstbewußtere Generation herangewachsen ist. Es wird sehr schwer sein, ihr die grundlegenden Menschenrechte dauerhaft zu verweigern. Dabei geht es um Freizügigkeit ebenso wie z. B. um Informations-, Meinungs- und Gewissensfreiheit, aber auch um echte politische Mitbestimmung. Die SED wird trotz aller Abgrenzungs- und Abriegelungsversuche gar nicht verhindern können, daß die Menschenrechte auch bei der DDR immer lauter an die Tür klopfen und dort ihre Wirksamkeit entfalten.

Und noch eines: Auch die DDR-Führung kann nicht der Tatsache ausweichen, daß beide Staaten in Deutschland von einer Verschärfung der politischen Situation am härtesten betroffen wären. Ins Positive gewendet bedeutet das eine Pflicht zur Mäßigung sowie darüber hinaus eine Pflicht zu aktiven Entspannungsbemühungen. Beide Staaten können in der Tat einen eigenständigen Beitrag zum Abbau der Spannungen leisten.

Dieser spezifisch deutsche Beitrag hat nichts mit militärischen Dingen zu tun, sondern er besteht in der Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen im Rahmen einer praktizierten „guten Nachbarschaft“. So könnten zum Beispiel die humanitären Absichtserklärungen der KSZE-Schlußakte im bilateralen Verhältnis durch einen Vertrag rechtsverbindlich gemacht und konkret ausgefüllt werden. So könnte z. B. die innerdeutsche Grenze stufenweise gewaltfrei gemacht werden; Städtepartnerschaften könnten ebenso vereinbart werden wie ein innerdeutsches Jugendwerk und ein deutscher Kulturaustausch.

In der gleichen Debatte erklärte Olaf von Wrangel: Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so scheint: die innere Situation unserer Gesellschaft sowie die innere Verfassung, in der sich die stärkste Regierungspartei befindet, wirken sich nachteilig auf die Deutschlandpolitik aus. Mit Erschrecken müssen wir sehen, wie das Demonstrationsrecht, eine wichtige Errungenschaft der freiheitlichen Demokratie, zu verkommen droht. Was eigentlich ein kostbares Instrument des Bürgerwillens sein soll, das seine Schärfe nur durch sparsamen Gebrauch behalten kann, wird heute zum politischen Konsumartikel.

Dies ist eine gefährliche Entwicklung, denn sie kennzeichnet den rapiden Niedergang eines wichtigen demokratischen Freiheitsrechtes. Damit büßt auch das demokratische Modell an Glaubwürdigkeit

ein, das diese Bundesrepublik Deutschland doch gegenüber dem undemokratischen Staat jenseits der innerdeutschen Grenze immer sein wollte.

Aber es kommt noch schlimmer: Radikale Minderheiten, verbissene Ideologen und militante Schwarmgeister versuchen immer mehr, über das Demonstrationsrecht jene Politik durchzusetzen, die sie über das demokratische Wahlrecht nicht erreichen können. Das ist ein eklatanter Mißbrauch des Demonstrationsrechts, denn darin liegt der schlimme Versuch, die gewählten Vertreter des Volkes und seine gewählte Regierung durch die „Straße“ unter Druck zu setzen. Dies signalisiert einen erschreckenden Verfall der demokratischen Autorität.

Wenn Teile einer großen Volkspartei die Nähe oder das Aktionsbündnis mit Kommunisten und anderen Linksradikalen suchen, so ist dies auch ein deutschlandpolitisch relevanter Vorgang. Diese Anbiederung an Kommunisten kommt aber auch einem Verrat sozialdemokratischer Traditionen gleich.

Auf noch eine Gefahr muß hingewiesen werden: Wer den Linksradikalismus verharmlosend, gewähren läßt oder gar hofiert, der fordert den Rechtsradikalismus heraus. Denn Linksradikalismus und Rechtsradikalismus bedingen einander. Ich will es nicht erleben, daß dieses Volk noch einmal ins Unglück gestürzt wird, weil man erneut die Feinde der Demokratie politisch hoffähig macht, weil man ihnen nachläuft, mit ihnen Bündnisse schließt — in der Hoffnung, sie damit zu zähmen. Denn die Folge solchen Taktierens ist, daß die demokratische Position undeutlich wird, an den Rändern ausfranst, von antidemokratischem Ideengut unterwandert wird. Wer dies zuläßt, trägt die Verantwortung dafür, daß der demokratische Staat zum Popanz wird und ein Beuteobjekt radikaler Kräfte von links und rechts.

■ KOALITION

Schmidt wird an der Basis zunehmend isoliert

Helmut Schmidt wird durch die eigene Partei weiter demontiert. In München erhielten 13 Genossen vom zuständigen Vorstand lediglich eine Rüge für einen offenen Brief, in dem sie Schmidt bezichtigten, „soziale Demontage“ und eine Politik der „Raketentrüstung“ zu betreiben. Die „Mißbilligung“ des lokalen Parteivorstandes bezog sich vor allem auf die Schlußformulierung des Schreibens der dreizehn: „Die SPD ist nicht mehr unsere Partei.“ Anträge auf Einleitung eines Ausschlußverfahrens gegen die Opponenten lehnte die Führung der SPD München ab. Die dreizehn wollen auch selber keineswegs die Partei verlassen, der sie sich nicht mehr zugehörig fühlen.

SPD/FDP lehnen Abrüstungs-Initiative ab

Die Vertreter von SPD und FDP lehnten im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages den Antrag der CDU/CSU ab, in welchem die Bundesregierung aufgefordert wird, die sowjetische Regierung mit verstärktem Nachdruck auf die abträglichen Folgen ihrer anhaltenden Aufrüstung hinzuweisen und die deutsche Öffentlichkeit mehr als bisher über die wachsende Bedrohung durch die sowjetischen Mittelstreckenwaffen zu unterrichten. SPD und FDP haben den gleichen Antrag zuvor im Verteidigungsausschuß abgelehnt.

Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Jürgen Todenhöfer, teilte hierzu mit, die CDU/CSU habe gleichzeitig in ihrem Antrag hervorgehoben, daß die erstrebte Abrüstung durch

das sowjetische Verhalten sabotiert werde. Die CDU/CSU forderte in ihrem Antrag die Verwirklichung der sogenannten Null-Lösung im Osten, d. h. einen vollständigen Baustopp, Stationierungsstopp und Abbau der sowjetischen SS-20-Raketen. Damit soll die unerläßliche Voraussetzung für eine Null-Lösung im Osten geschaffen werden.

Die CDU/CSU wertet die Haltung der SPD- und FDP-Abgeordneten als erneuten Ausdruck des Widerspruchs zwischen sachlich notwendiger Politik und innenpolitischer Taktik, die den Abrüstungs- und Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland und damit des Westens schadet.

Verspätete Akteneinsicht kritisiert

Die Union hat die Bundesregierung scharf kritisiert, weil sie erst jetzt bisher unbekannte Akten im Zusammenhang mit der Tornado-Affäre dem Untersuchungsausschuß des Bundestages zur Verfügung gestellt hat. Der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer, Berichterstatter seiner Fraktion, sprach von einem skandalösen Verhalten. Der Ausschuß, der seine Untersuchungen nach den Vorstellungen der Union eigentlich zur Sommerpause hatte abschließen sollen, sei in der Arbeit behindert worden. Wimmer sagte, die Brisanz der Akten gehe weit über Tornado hinaus. Die Frage, ob damit offenbar auch andere Projekte gefährdet seien, blieb unbeantwortet.

SPD: Götterdämmerung

Die Führungs-Troika der SPD ist endgültig an der außen- und verteidigungspolitischen Problematik Nachrüstung/Entspannung/Antiamerikanismus zerschellt, stellt unter dieser Überschrift der Informationsdienst der offiziellen Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) fest. Die seit langem

schwelenden Spannungen sind zum offenen Kampf zwischen Willy Brandt, Herbert Wehner und Helmut Schmidt entflammt. Hinter Brandt und Schmidt formieren sich kontrovers zwei Flügel. Ihre Epigonen sind einerseits Bahr und Ehmke, andererseits Franke, Renger und Rohde.

Eine von dieser Konstellation noch stark zu differenzierende Position nimmt Erhard Eppler ein.

Eine eilig nach Bonn einberufene Konferenz von etwa 500 Spitzenfunktionären konnte die verfahrenene Lage nicht heilen, sondern führte vielmehr zu einer schärferen Konturierung und Verhärtung der Standpunkte. Der SPD-Führung gelingt es nicht mehr, den „Deckel auf dem brodelnden Kessel“ zu halten.

Ständig sickern neue Einzelheiten durch, meist auf dem Wege gezielter Indiskretionen:

— Willy Brandt wird nachgesagt, er sei bereit, sich an die Spitze der „Bewegung“ zu stellen, die sich aus Linksozialisten, Jusos, Grünen und Alternativen zusammensetzen könnte. Beunruhigte Genossen vom rechten Flügel der SPD werfen ihm vor, daß seine Argumente in der Nachrüstungsdebatte weitgehend mit denen des Kreml übereinstimmen. So soll er geäußert haben, daß der Rüstungsstand von West nach Ost „nicht aufrechenbar“ sei.

— Egon Bahr wird vorgeworfen, den Antiamerikanismus angeheizt zu haben. Er wird mit folgenden Äußerungen zitiert: „Reagan ist unberechenbar und gefährlich.“ — „Die Haltung in der SPD zum NATO-Doppelbeschluß wandelt sich in Richtung Ablehnung.“ — „In der deutschen Jugend ist keiner bereit, für die USA zu kämpfen.“

Anhänger des Bundeskanzlers bemerken dazu, Bahr gehe von einem totalen Mißverständnis der tatsächlichen Situation aus.

— Erhard Eppler hält unser gesamtes politisches System für degeneriert. Er sieht die SPD von Krise zu Krise taumeln, wobei sie immer tiefer in die Krise gerate. Das Krisenmanagement des Bundeskanzlers habe sich „totgelaufen“. Die Politik des Kanzlers sei ohne Perspektive, von Politik sei nur noch ein bis aufs Skelett abgemagter Reformbegriff übriggeblieben. Die Bundesregierung „verwalte nur noch vor sich hin“.

Voigt warnt SPD vor Sturz der Bundesregierung

Der Sturz der Bundesregierung wäre unweigerlich die Konsequenz, wenn auf dem kommenden SPD-Bundesparteitag die Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses entschieden würde. Wie der SPD-Sicherheitspolitiker Voigt in einem Gespräch mit dem Saarländischen Rundfunk sagte, komme eine Ablehnung des Beschlusses auch einer Desavouierung der SPD-Parteiführung gleich, da sich neben Bundeskanzler Schmidt auch der Parteivorsitzende Brandt, der Fraktionsvorsitzende Wehner und der Abrüstungsexperte Bahr, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, für eine Aufrechterhaltung dieses Beschlusses eingesetzt hatten.

Zustimmung zur NATO so stark wie nie zuvor

Zum Auftakt der 27. Jahreskonferenz der Nordatlantischen Versammlung in München hat der deutsche Delegationsleiter Erwin Horn (rechter Flügel der SPD) die Auffassung vertreten, daß die Zustimmung der Bundesbürger zum westlichen Bündnis noch nie so groß gewesen sei wie heute. Der SPD-Bundestagsabgeordnete sagte vor Journalisten, 96 Prozent der Bundesbürger, eine noch nie erreichte Zahl, stünden zu diesem Bündnis. Auch die Befürworter der Bundeswehr hätten heute eine Stärke erreicht wie nie zuvor.

CDA-BUNDESTAGUNG

Familie — Freiheit — Zukunft standen im Mittelpunkt

Norbert Blüm, Vorsitzender der Sozialausschüsse, ist für zwei weitere Jahre in seinem Amt mit einer überzeugenden Mehrheit bestätigt worden. Auf der 19. Bundestagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Mannheim stimmten 353 Delegierte für Blüm. 18 waren dagegen und elf enthielten sich der Stimme.

Durch eine Satzungsänderung wurde die Zahl der Stellvertreter von drei auf vier erhöht. Neben den Wiedergewählten, Kurt Härzschel (souveräner Tagungspräsident), Gerhard Orgaß und Irmgard Blätzel, wurde der bisherige Schatzmeister Wolfgang Vogt vierter Stellvertreter. Zum neuen Schatzmeister wählten die Delegierten den bisherigen Kölner CDU-Kreisvorsitzenden, MdL Heinz Soénius. Begrüßt wurden die 421 Delegierten von Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth. Im Mittelpunkt des Mannheimer Bundeskongresses stand die Verabschiedung der familienpolitischen Leitsätze der CDA unter dem Generalthema „Die sanfte Macht der Familie“. Die vom Bundesvorstand unter der Federführung von Norbert Blüm konzipierten Leitsätze wurden nach einer sehr kontroversen, offenen Diskussion schließlich mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen.

Im Zusammenhang mit der im Vorfeld der Tagung geübten Kritik, die insbesondere aus den Reihen der Arbeitsgemeinschaft berufstätiger Frauen kam, sagte Norbert Blüm: „Wir wollen durch diese Leitsätze

die Mutterarbeit aufwerten und eine Wahlfreiheit zwischen Mutterarbeit und Erwerbsarbeit herstellen. Die Wahlfreiheit ist heute nicht gegeben, denn viele Mütter sind aus wirtschaftlichen Gründen zur Erwerbsarbeit gezwungen. Wer aber glaubt, eine neue Einstellung zur Mutterrolle könne die Väter unverändert lassen, hat die Konsequenzen dieser Leitsätze nicht richtig bedacht.

Unsere Definition ist nicht gegen die Partnerschaft gerichtet, nur gegen jenes Verständnis von Partnerschaft, in der Mann und Frau, Vater und Mutter für austauschbar erklärt und auf die Rolle von Bezugspersonen reduziert werden. Ich glaube, daß der Vater ebenso wie die Mutter gebraucht wird, daß aber die Entwicklung des Industriezeitalters die Mutter immer mehr zu einer Randfigur gemacht hat. Die Leistung der Mutter zählt in unserer herkömmlichen Sozialpolitik überhaupt nicht. Weder im Rentenrecht noch in der Berechnung unseres Bruttosozialproduktes kommt sie vor. Wenn wir also für die Aufwertung der Mütter plädieren, dann wollen wir Unrecht und Diskriminierung korrigieren.“

Die Gegenposition wurde von Irmgard Blätzel, stellvertretende Bundesvorsitzende, und der Bundestagsabgeordneten Renate Hellwig engagiert vorgetragen. Sie wollten den Begriff „Partnerschaft“ stärker betont wissen.

Renate Hellwig sagte u. a.: Wenn wir heute darangehen und ein Leitbild für die Familie der 80er Jahre suchen, dann müssen

wir uns darauf besinnen, daß es der Mann war, der die Familie verlassen hat und in die Fabriken und Büros der arbeitsteiligen Industriegesellschaft zog. Die Frau ist ihm in vielen Teilen nachgefolgt, und seine Antwort lautet jetzt an die Frau: „Geh du zurück in die Familie.“ Aber das ist die falsche Antwort. Die richtige Antwort lautet m. E.: „Laß es uns beide ausprobieren, wie wir wenigstens teilweise wieder Zeit und Raum für die Familie zurückgewinnen können.“ Das ist die partnerschaftliche Antwort.

Hier einige wichtige Stichworte aus den Leitsätzen:

— Zu einer menschlichen Gesellschaft gehören Werte, die ihre Heimat in der Familienkultur haben, wie Liebe, Natürlichkeit, Treue, Hüten, Verzicht, Vorsorge für kommende Generationen. Mütterlichkeit ist das Symbol für diese Werte.

— Die Familie ist keine Zauberformel der Zeitenwende. In ihr finden sich jedoch mehr als irgendwo sonst die Elemente einer sanften Gesellschaft. Die Familie ist deshalb nicht in erster Linie Gegenstand der Sozialpolitik, sondern sie steht im Mittelpunkt einer Ordnungspolitik, die auf eine Gesellschaft gerichtet ist, in der der Mensch wieder zu Hause ist.

— Die Familie braucht die Familienleistung der Mutter wie des Vaters, das Kind die männliche wie die weibliche Form der Zuwendung. Wer Eltern auf die Rolle von Bezugspersonen beschränkt, leistet denen Vorschub, die das Kind der Öffentlichkeit aussetzen wollen. Die Verstaatlichung des Kindes beginnt mit der Austauschbarkeit der Zuwendungen.

— Die Mutterarbeit verdient die gleiche soziale Sicherung und Anerkennung, wie sie mit der Erwerbsarbeit verbunden sind.

— Ein einziges Vollarbeitszeiteinkommen soll in Verbindung mit dem Familienlasten-

ausgleich ausreichen, eine Familie zu ernähren.

— Der Familienlastenausgleich muß verbessert und regelmäßig der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden.

— Erziehungsgeld für die in der Familie geleistete Erziehungsarbeit. Diese Erziehungszeiten sollten in der Rentenversicherung wie eine Erwerbstätigkeit mit 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes angerechnet werden.

Mit ihren familienpolitischen Leitsätzen wollen die Sozialausschüsse — so Norbert Blüm — ein Zeichen zu einem neuen Aufbruch geben. „Wir wollen Kundschafter sein“, rief Blüm den Delegierten zu. Die Familie müsse wieder im Mittelpunkt unseres Lebens stehen; an der Familie entscheide sich das Schicksal einer Gesellschaft. Ein „Ja“ zur Familie bedeute weniger Staat, weniger Gewalt und weniger Rücksichtslosigkeit.

Der Samstag war der Diskussion in den verschiedenen Gesprächskreisen vorbehalten und der Arbeit in den Werkstätten. Grußworte der Partei überbrachte Generalsekretär Heiner Geißler.

Nach der zügigen Verabschiedung der zahlreichen Anträge — gut vorbereitet von der Antragskommission unter der bewährten Leitung von MdB Adolf Müller (Remscheid) — sprach zum Abschluß der Konferenz der Parteivorsitzende Helmut Kohl. Zu der öffentlichen Kundgebung hatten sich auch zahlreiche Mannheimer Bürger eingefunden. Helmut Kohl dankte den Delegierten für ihre an den drei Tagen geleistete Arbeit und forderte sie auf, sich an jene Männer und Frauen in den Betrieben zu wenden, die mit der gegenwärtigen „Pseudo-Elite“ in der Sozialdemokratie nichts mehr gemein hätten. Diese meist traditionellen SPD-Wähler seien tief verunsichert angesichts dessen „was täglich in Bonn passiere“.

CDU RHEINLAND-PFALZ

Grundsatzpapier für Friedens- und Sicherheitspolitik verabschiedet

Im Mittelpunkt der Diskussionen des 26. Landesparteitages der rheinland-pfälzischen CDU am vergangenen Wochenende in Mainz stand die Annahme eines Leitantrags zur Friedens- und Sicherheitspolitik, den der Landesverband der CDU gemeinsam mit dem Landesvorstand der Jungen Union eingebracht hatte.

Dieser umfangreiche Antrag mit seiner ausdrücklichen Zustimmung zu beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses, der die westliche Fähigkeit und Entschlossenheit zur Verteidigung der Freiheit ebenso festschreibt wie die Bereitschaft zu Entspannung und Abrüstung, fand die einstimmige Annahme der Delegierten.

In einem weiteren Antrag des Landesvorstands zum Thema des Landesparteitags „Die Bürger und ihr Staat“ fordert die CDU eine Offensive der demokratischen Erneuerung und der inneren Stabilisierung, die der überall spürbaren inneren Lähmung und geistigen Verwirrung entgegen gesetzt werden soll.

Unter dem Motto „Mut zur Entscheidung — Ja zur Zukunft“ hatte zuvor der Landesvorsitzende und Ministerpräsident in einer breitangelegten Rede zu den Delegierten gesprochen.

Vogel wörtlich: „Mut zur Entscheidung — Ja zur Zukunft! Dieses Motto habe ich sehr bewußt gewählt. Ich habe es getan, weil es an beidem der deutschen Politik gegenwärtig mangelt. Es mangelt an Führung, es mangelt an Geschlossenheit, es

mangelt an Zielrichtung. Verzagtheit, Mutlosigkeit, Angst vor dem Morgen beherrschen die Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1981. Viele erwarten, daß die Wende eintritt. Sie erwarten sie von uns, von der Union in Deutschland. Wir werden diese Wende nur herbeiführen können, wenn wir aus unseren Grundsätzen heraus handeln. Nicht, wenn wir uns nur pragmatischer anpassen, wenn wir nur ‚schlauer‘ sind als die anderen.“

Vogel unterstrich die Tatsache, daß die Union in den vergangenen Wochen und Monaten ihr Verständnis von Verantwortung deutlich gemacht habe mit einem kräftigen Seitenhieb auf den politischen Gegner in Bonn.

„Wir haben nicht nach der Maxime Herbert Wehners gehandelt, der im November 1966 der Union im Bundestag entgegenrief: ‚Wir sind doch anständige Leute; wir waschen doch nicht anderer Leute Wäsche.‘ Wir haben nicht, wie Helmut Schmidt seinerzeit — und damals ging es um einen kleinen Bruchteil der heutigen Schulden — gerufen: ‚Leute, die Schulden in dieser Höhe machen, gehören ins Gefängnis.‘“

Der CDU-Landesvorsitzende rief zu einer eindeutigen Kampfansage an den politischen Gegner auf. Die Schwäche der Bundesregierung sei letztlich die der sie tragenden Parteien, vor allem die der Sozialdemokratie, der Vogel vorwarf, sie habe ihre Identität vertan und verloren: „Schmidt und Eppler gehören nicht mehr

in dieselbe Partei. Aus der Sozialdemokratie ist eine Partei des beliebigen „Wie hättest ihr es denn gern' geworden“, sagte der CDU-Landesvorsitzende.

An die Delegierten appellierte Vogel, wenn die CDU glaubwürdig sein wolle, müsse sie sich mit dem auseinandersetzen, was die Bürger bewegt. In einer „Aktion 81“ stellt sich die rheinland-pfälzische CDU deshalb in der nächsten Woche im ganzen Land den Bürgern zur Diskussion. Vogel zeigte sich besorgt, daß die vorhandenen Ängste umschlagen könnten in Resignation gegenüber einer verloren geglaubten Zukunft. Er nannte den Frieden, die Umwelt und die wirtschaftliche und soziale Stabilität als die Bereiche, auf die sich Ängste und Angstmacherei vor allem konzentrieren.

Eingehend setzte sich Vogel vor allem mit der Friedensdiskussion auseinander. Es wird von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Staates sein, wie die CDU die Diskussion um Frieden und Freiheit mit allen Menschen, vor allem mit der jungen Generation, aber auch mit den Kirchen, in den nächsten Monaten führe.

Dabei werde man immer wieder vor die Fragen gestellt:

- Ob das fortdauernde Weiterrüsten in Ost und West nicht mehr Gefahren als Sicherheit für den Frieden in sich berge;
- ob dadurch nicht Mittel verschwendet werden, die in der Dritten und Vierten Welt lohnender, und das heißt friedensstiftender eingesetzt werden könnten;
- ob nicht die festgefahrenen Bemühungen um eine Rüstungskontrolle in den letzten Jahren die „Unfähigkeit der Politiker zum Frieden“ signalisieren.

„Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, diese Fragen mit Formeln zuzuschütten. Wo es ernsthafte Sorge, oder wo es Angst gibt, darf sie nicht verdrängt werden: Die ihr zugrunde liegenden Probleme

müssen ernst genommen und gelöst werden“, ermahnt Vogel die Delegierten.

Als klare Antwort der CDU darauf bezeichnete Vogel eine Politik, die den Frieden in Freiheit sichert. Eine entscheidende Grundlage sei das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West: Deshalb auch ein klares Ja zum NATO-Doppelbeschluß.

Für die Landespolitik kündigte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident an, daß man zwar bittere Einschnitte im kommenden Haushalt machen müsse. Auch die Schulpolitik und die Sozialpolitik müßten in der gegenwärtigen Lage auf den Prüfstand, man werde sich aber nicht davon abhalten lassen, neue Akzente in der Landespolitik zu setzen. Es bleibe beim Karpilotprojekt ebenso wie bei der Absicht, ein Partnerland in der Dritten Welt zu unterstützen. Als Schwerpunkte nannte Vogel, dazu beizutragen, daß Staat und Politik den Bürgern mit mehr Redlichkeit begegnen — und umgekehrt, letztere zu mehr Loyalität gegenüber dem Staat zurückfinden.

Der von den Delegierten mit viel Beifall begrüßte Parteivorsitzende Helmut Kohl machte in seiner Rede deutlich, daß trotz aller drängender Probleme wie etwa die Haushaltssanierung oder die Sicherung der Renten, man sich bewußt werden müsse, daß sich in diesen Tagen das Schicksal in der Außen- und Verteidigungspolitik entscheide. Mit Anspielung auf Friedensdiskussion und Nachrüstung, meinte Kohl: „Wenn wir jetzt Fehler machen, sind das Fehler, die für die Spanne unserer Ebene so oder so entscheidend sind.“ Bei den Anhängern der Friedensbewegung, mahnt der CDU-Vorsitzende, sei klar zu unterscheiden zwischen wirklichen Pazifisten, denen die einfache Angst haben und jenen, die, wie die Kommunisten, diese Bewegung für ihre Zwecke mißbrauchten.

FALL RAUSCHENBACH

Untersuchungsausschuß soll mysteriöse Umstände klären

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im Deutschen Bundestag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Fall Rauschenbach beantragt. Dieser Ausschuß soll die Vorgänge um den Übertritt des Oberstleutnants der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik, Klaus Dieter Rauschenbach, in die Bundesrepublik Deutschland am 2. Juni 1981 und seine Rückkehr in die Deutsche Demokratische Republik am 4. Juni 1981 klären.

Insbesondere sollen folgende Fragen untersucht werden:

1. Wie und wann ist Rauschenbach in die Bundesrepublik Deutschland gekommen? Unter welchen Umständen und warum hat er sie verlassen? Auf welcher Grundlage ist die Rückkehrentscheidung zustande gekommen?

2. Welche Kontakte mit welchen Dienststellen und Personen hat er gehabt? Was haben diese Dienststellen und Personen in diesem Zusammenhang veranlaßt?

3. Welche Dienststellen der Bundesregierung und welche sonstigen Dienststellen des Bundes und der Länder sind wann und auf welche Weise über die Ankunft von Rauschenbach, über seinen Aufenthalt und Einzelheiten des Verlaufs sowie über seine Rückkehr in die DDR unterrichtet worden? Was haben diese Stellen in diesem Zusammenhang veranlaßt?

4. Welche Dienststellen haben im Zusammenhang mit dem Übertritt, dem Aufenthalt und der Rückkehr von Rauschenbach mit welchen Stellen der DDR welche unmittelbaren oder mittelbaren Kontakte gehabt? Welche Hinweise, Wünsche, Forderungen oder Zusagen hat es dabei von seiten der DDR und der Bundesregierung gegeben?

5. Wer hat im Bereich des Bundes welche Entscheidungen nach dem Übertritt und im Zusammenhang mit dem Aufenthalt und der Rückkehr von Rauschenbach auf welcher Grundlage getroffen?

6. Sind bei der Behandlung des Falles Rauschenbach die Zuständigkeiten der betreffenden Behörden und Dienststellen beachtet und die erforderlichen Informationen und Unterrichtungen — gegebenenfalls auf Verlangen — erteilt worden?

7. Sind bei der Behandlung des Falles Rauschenbach die Interessen der Bundesrepublik Deutschland gewahrt und ist die gebotene Rücksicht auf das Schicksal des Geflüchteten genommen worden?

8. Welche anderen vergleichbaren Fälle sind dem Fall Rauschenbach vorausgegangen, und welche Schlußfolgerungen hat die Bundesregierung für die Zukunft aus dem Ablauf des Falles Rauschenbach gezogen?

Die Beschimpfung der Opposition wegen ihres Antrages auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erinnert in fataler Weise an die öffentlichen Angriffe auf die Opposition vor Einsetzung des Guillaume-Untersuchungsausschusses 1974.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

In die falsche Richtung

Eppler als Volkstribun, als Führer der Friedensbewegung ist für Helmut Schmidt ein ernst zu nehmender und gefährlicher Gegner geworden.

Deutschlandfunk, 10. Oktober 1981

Im Bonner Hofgarten waren ersichtlich viele gutwillige junge Leute versammelt, die man mit Argumenten noch erreichen kann. Was sie von Albertz bis Böll hörten, riß niemanden hin. Hier müßte geduldig vorgetragene Vernunft noch eine Chance haben.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Oktober 1981

Wenn Schmidt und Genscher Schaden vom deutschen Volke wenden wollen, müßten sie nun in die Offensive gehen. Aber es ist zweifelhaft, ob ihre Kraft dazu noch reicht. In ihrer außenpolitischen Wirkung kann die Demonstration den Ero-

sionsprozeß im Bündnis gefährlich verstärken und die Sowjetunion zu schwerwiegenden Fehleinschätzungen verleiten. Sicherer ist der Friede durch die Bonner Friedensdemonstration nicht geworden.

Handelsblatt, 12. Oktober 1981

Es ist das legitime Recht der Friedensbewegung, für ihre Auffassung eine Mehrheit gewinnen zu wollen. Aber es ist eine radikale Absage an die Demokratie — und dies kann auch Erhard Eppler nicht widerlegen —, wenn die Friedensbewegung in Wechselgesängen, so wie heute geschehen, dazu aufruft, alle Bürger sollten unserer Regierung die Gefolgschaft stets darzuverweigern, wenn Vorstellungen der Friedensbewegung nicht erfüllt werden. Diese Wegweiser zeigen in Richtung Anarchie.

Deutsches Fernsehen, 10. Oktober 1981

Freilich, die politische Marschordnung der Friedensbewegung zerbröselte jetzt schnell. Petra Kelly legt sich mit Eppler an. Pfarrer Albertz räsoniert darüber, woran es liegen könnte, daß nur Redner zu Wort kamen, die allesamt zur Generation der Großväter gehören. Steckt in der Friedensbewegung der Keim einer neuen Partei? Wie geht es weiter?

Stuttgarter Nachrichten, 12. Oktober 1981

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, N. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

U*i*D